

Übersicht

über die gefassten Beschlüsse in der 5. Sitzung des Ausschusses für Soziales und Integration des Rhein-Sieg-Kreises am 16.03.2022:

TO.- Punkt	Beratungsgegenstand	Beschluss- Nr./ Ergebnis	Abstimmungs- ergebnis
	Öffentlicher Teil		
	Allgemeines und Geschäftsordnungsangelegenheiten		
1.	Niederschrift über die 4. Sitzung des Ausschusses für Soziales und Integration am 16.11.2021	anerkannt	
2.	Sozial- und Gesundheitsplanung im Rhein-Sieg-Kreis		
3.	Antrag der Kreistagsfraktionen CDU/ GRÜNE vom 02.03.2022: Sozial- und Gesundheitsplanung	33/22	einstimmig
4.	Kommunales Integrationsmanagement - Aktueller Sachstand		
5.	Anträge des Vereins Frauen helfen Frauen Troisdorf e.V. auf freiwillige Förderung der ambulanten Begleitung nach Frauenhausaufenthalt		
6.	Vorstellung des jährlichen Tätigkeitsberichts zur Arbeit des Runden Tisches 2021 sowie Ausblick auf die diesjährigen Planungen		
7.	Mitteilungen und Anfragen		
	Nichtöffentlicher Teil		
8.	Mitteilungen und Anfragen		

Niederschrift

über die gefassten Beschlüsse in der 5. Sitzung des Ausschusses für Soziales und Integration des Rhein-Sieg-Kreises am 16.03.2022:

Sitzungsbeginn: 16:00 Uhr
Sitzungsende: 16:50 Uhr
Ort der Sitzung: Raum Sieg/Agger
Datum der Einladung: 03.03.2022

Anwesende Mitglieder:

Kreistagsfraktion CDU

Herr Matthias Schmitz
 Herr Dirk Beutel
 Frau Monika Grünewald
 Frau Stefanie Orefice

Sachkundige/r Bürger/innen CDU

Frau Anna Diegeler-Mai

Kreistagsfraktion GRÜNE

Herr Wolfgang Haacke
 Frau Lisa Anschütz
 Frau Tarja Helena Palonen-Heiße

Kreistagsfraktion SPD

Herr Anna Peters
 Frau Katja Ruiters

Sachkundige/r Bürger/innen SPD

Frau Claudia Engler

Kreistagsfraktion FDP

Frau Silke Josten-Schneider i.V.f. KTM Brönstrup

Sachkundige/r Bürger/innen DIE LINKE

Herr Karsten Straub

Sachkundige/r Bürger/innen AfD

Frau Christa Stein i.V.f. SkB Lenzen

Sachkundiger Einwohner SozA

Herr Harald Klippel

Schriftführer/in

Frau Nadine Klein

Entschuldigt fehlten:Kreistagsfraktion CDU

Frau Hildegard Helmes

Frau Jessica Thielen

Sachkundige/r Bürger/innen CDU

Frau Katharina Gebauer

Frau Safia Reinbold

Herr Wilfried Wieland

Kreistagsfraktion GRÜNE

Frau Nina Droppelmann

Frau Manuela-Franziska Gardeweg

Herr Erkan Zorlu

Kreistagsfraktion SPD

Frau Cornelia Mazur-Flöer

Sachkundige/r Bürger/innen SPD

Herr Harald Eichner

Sachkundige/r Bürger/innen FDP

Frau Ellen Schüller

Sachkundige/r Bürger/innen AfD

Herr Edgar Lenzen

Kreistagsmitglied Volksabstimmung

Herr Dr. Ing. Helmut Fleck

VertreterInnen der Verwaltung:

Herr Liermann

Frau Dinstühler

Frau Milde

Herr Lehmann-Diebold

5. Sitzung des Ausschusses für Soziales und Integration am 16.03.2022		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Öffentlicher Teil

	Allgemeines und Geschäftsordnungsangelegenheiten	
--	--	--

Zu Beginn der Sitzung begrüßte die Vorsitzende, Kreistagsmitglied (KTM) Ruiters, alle Anwesenden und stellte in Bezug auf die Einladung vom 03.03.2022 fest, dass diese form- und fristgerecht erfolgt sei.

Vor Einstieg in die Tagesordnung schlug KTM Schmitz vor, die Tagesordnungspunkte 2 und 3 aufgrund des inhaltlichen Zusammenhangs zu tauschen, sodass der Antrag seiner Fraktion zur „Sozial- und Gesundheitsplanung“ erst nach der diesbezüglichen Berichtserstattung der Verwaltung behandelt würde. Hierüber bestand Einigkeit.

Hiernach übergab die Vorsitzende Herr Liermann das Wort, der darauf hinwies, dass von einem eigenen Tagesordnungspunkt zur Situation in der Ukraine bewusst abgesehen worden sei, da der Landrat im Austausch zu den Fraktionsvorsitzenden stehe und das Thema in der nächsten Kreisausschusssitzung am 28.03.2022 behandelt werde.

Angesichts der Bitte des KTM Peters, die aktuelle Flüchtlingssituation zusätzlich im hiesigen Ausschuss zu thematisieren, wies Herr Liermann auf die Möglichkeit hin, Anfragen hierzu im Rahmen des Tagesordnungspunktes „Mitteilungen und Anfragen“ zu stellen.

1	Niederschrift über die 4. Sitzung des Ausschusses für Soziales und Integration am 16.11.2021	
---	--	--

Es wurden keine Einwände gegen die Niederschrift vorgetragen, sodass die Niederschrift damit als anerkannt gilt.

2	Sozial- und Gesundheitsplanung im Rhein-Sieg-Kreis	
---	--	--

Als Nächstes übergab die Vorsitzende Herrn Lehmann-Diebold das Wort, der im Folgenden über den Abschluss der geförderten Projektphase zur „Sozial- und Gesundheitsplanung im Rhein-Sieg-Kreis“ berichtete. Er wies eingangs darauf hin, dass eine ausführliche Berichterstattung bereits im Zuge des im Februar stattgefundenen 2. Fachtages erfolgt sei, sodass er nachfolgend lediglich die Schwerpunkte zusammenfassen werde.

Unter Verweis auf die der Niederschrift beigefügten Präsentation (Anlage 1) schilderte er kurz die Historie des Projektes. Der Auftrag an die Verwaltung lautete seinerzeit, „Daten für Taten“ zu ermitteln, was im Ergebnis zu einem 500-seitigen Druckwerk geführt habe, in dem die ermittelten Daten zur strategischen Sozial- und Gesundheitsplanung festgehalten worden seien; dieses stehe Interessierten auf der Homepage des Rhein-Sieg-Kreises digital zur Verfügung. Zudem habe heute eine Vorstellung der Quartiersprofile im Rahmen einer Pressekonferenz mit dem Landrat stattgefunden. Insgesamt könne sich das Ergebnis sehen lassen und eine geeignete Grundlage darstellen, um die Sozial- und Gesundheitsplanung im Rhein-Sieg-Kreis voranzutreiben. Insofern werde das Projekt auch nach Abschluss des geförderten Zeitraumes fortgesetzt.

Zur Gewinnung der „Daten für Taten“ führte er aus, dass in enger Abstimmung mit den kreisangehörigen Kommunen insgesamt 158 Quartiere geschaffen worden seien. Zuvor habe man ein Straßenverzeichnis mit rund 250.000 Privatadressen erstellt, die den Quartieren im Einzelnen hätten zugeordnet werden müssen. Die soziale wie auch gesundheitliche Situation im Rhein-Sieg-Kreis sei anschließend anhand der auf Folie 4 gelisteten 14 Indikatoren ermittelt worden, die wiederum zu einem Aufmerksamkeitsbedarf zusammengefasst worden seien. Eine entsprechende Lesehilfe zu den Quartiersprofilen sei in der Verwaltungsvorlage enthalten.

Herr Lehmann-Diebold schilderte, das Thema „Wohnen“ habe in diesem ersten Aufschlag nicht aufgearbeitet werden können, weil es Schwierigkeit bei der Datenermittlung gegeben habe. Eine abgeschottete Statistikstelle, wie sie im Antrag der Kreistagsfraktionen CDU und GRÜNE erwähnt sei, wäre daher sehr hilfreich gewesen.

Unter Bezugnahme auf die in der Folie 5 enthaltene Grafik gab er einen kurzen Überblick über die Aufmerksamkeitsbedarfe der Quartiere im Jahr 2020. Die höheren Aufmerksamkeitsbedarfe liegen erwartungsgemäß in den zentraleren Quartieren, wo auch mehr Menschen leben. Darüber hinaus sind in weiteren Quartieren ebenfalls Fragestellungen zu erkennen, denen nachgegangen werden sollte.

Im nächsten Schritt sollten daher die Erkenntnisse der Datenerhebungen für die einzelnen Quartiere ausgewertet und priorisiert werden. Auf diese Weise solle das Projekt so weit vorangetrieben werden, dass Projektpartnerschaften zustande kommen, mittels derer die Arbeit qualitativ fortgesetzt werden könne. Es gelte nun, die strategische Sozial- und Gesundheitsplanung mit Leben zu füllen.

Im Folgenden dankte die Vorsitzende Herrn Lehmann-Diebold für die in-

formative Berichterstattung und übergab anschließend SkB Stein das Wort. Diese fragte nach, weshalb der „Migrationshintergrund“ keinen eigenen Indikator darstelle. In Gesprächen mit anderen Quartiersmanagern habe sie erfahren, dass dort nochmals eine konkrete Trennung zwischen Menschen mit „deutschem“ und „ausländischen“ Pass vorgenommen werde. Herr Lehmann-Diebold erklärte, diese Information sei in den Quartiersprofilen unter der Bezeichnung „Haushalte mit Migrationshintergrund“ enthalten. Beim Aufmerksamkeitsbedarf habe der Fokus auf den speziellen Lebenslagen gelegen, sodass der Migrationshintergrund in diesem Sinne keinen Indikator dargestellt habe.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor, sodass die Vorsitzende zum nächsten Tagesordnungspunkt überleitete.

Anmerkung der Verwaltung:

Der Bericht zur strategischen Sozial- und Gesundheitsplanung für den Rhein-Sieg-Kreis ist unter dem nachfolgendem Link abrufbar: <https://www.rhein-sieg-kreis.de/quartiersprofile>

3

Antrag der Kreistagsfraktionen CDU/ GRÜNE vom 02.03.2022: Sozial- und Gesundheitsplanung

KTM Schmitz nahm anschließend Bezug auf den letzten Fachtag zur „Sozial- und Gesundheitsplanung“ und sprach Herrn Lehmann-Diebold seinen Dank für das bisher gezeigte Engagement und die nachvollziehbaren Ausführungen in der Sache aus. Das Endprodukt eigne sich hervorragend als Grundlage für die weitere politische wie auch kommunale Arbeit, da aus den vorhandenen Informationen nun Rückschlüsse gezogen und entsprechend agiert werden könne. Er regte daher an, die Ermittlung derartiger Daten fortzuführen und über eine abgeschottete Statistikstelle zu routinieren, sodass ein Berechtigtenkreis grundsätzlich Zugriff auf entsprechende Daten hätte und Auffälligkeiten in der Entwicklung frühzeitig erkannt werden können. Insofern sehe er die strategische Sozial- und Gesundheitsplanung als Chance für Verwaltung und Politik und hoffe, dass der gemeinsame Antrag seiner Fraktion und den GRÜNEN auf Zustimmung stoße.

KTM Haacke schloss sich seinem Vorredner an. Es sei wichtig, dass die aufwendig aufbereitete Datenmenge genutzt und entsprechend auf die festgestellten Aufmerksamkeitsbedarfe in den Quartieren reagiert werde. Zu-

dem erfreue ihn besonders, dass sich die Indikatoren an den UN-Nachhaltigkeitszielen orientieren.

Als Nächstes gab SkE Klippel sein positives Votum zum Antrag ab. Aus der Perspektive der Wohlfahrtsverbände spiegelte er, dass der Rhein-Sieg-Kreis hinsichtlich der Sozial- und Gesundheitsplanung fortschrittlicher sei als manch andere Kommune. Er teile jedoch die Auffassung seines Vorredners, die aufbereitete Datenmenge allein reiche nicht aus, vielmehr müsse hierauf aufbauend gehandelt werden.

Im Folgenden ließ die Vorsitzende über den Antrag abstimmen. Der Ausschuss fasste sodann folgenden Beschluss:

B.-Nr.
33/22

1. Entsprechend des Förderansatzes „Daten für Taten“ sollen die begonnenen Umsetzungsschritte weiter fortgesetzt werden.
2. Künftig sollen die erhobenen Daten technisch so aufbereitet werden können, dass die Abfrage aktueller Entwicklungen auch unterjährig und unmittelbar von einem Berechtigtenkreis erfolgen kann. Die Verwaltung wird gebeten, einen Vorschlag für die Mitglieder des Berechtigtenkreises zu erarbeiten.
3. Zur Vorbereitung der Entscheidung über die Einrichtung einer sog. abgeschotteten Statistikstelle wird die Verwaltung beauftragt, die Vor- und Nachteile sowie die zu erwartenden Kosten darzustellen. Dabei ist auch der Bedarf der Städte und Gemeinden an einer beim Rhein-Sieg-Kreis angesiedelten abgeschotteten Statistikstelle abzufragen.

Abst.- einstimmig
Erg.:

4	Kommunales Integrationsmanagement - Aktueller Sachstand	
---	---	--

Als Nächstes übergab die Vorsitzende Frau Dinstühler vom Kommunalen Integrationszentrum (KI) das Wort. Diese berichtete nachfolgend über die neusten Entwicklungen hinsichtlich des „Kommunalen Integrationsmanagements“ (KIM), die sich seit der letzten Ausschusssitzung am 16.11.2021 ergeben haben.

Unter Verweis auf die Verwaltungsvorlage führte sie zur aktuellen Stellenbesetzung aus, dass zwischenzeitlich alle im Rahmen des KIM neu eingerichteten Stellen besetzt werden konnten. Der Großteil der Casemanagerinnen und Casemanager sei bereits in den Kommunen vor Ort tätig; die letzte Person werde derzeit noch in der Kreisverwaltung eingearbeitet. Die Lenkungsgruppe treffe sich nächste Woche zum dritten Mal. Zudem habe heute die 4. Auftaktveranstaltung in der Kommune „Wachtberg“ stattgefunden; für morgen sei das 5. Auftaktgespräch geplant, um die Schnittstellen mit den Akteuren vor Ort zu besprechen. In diesem Zusammenhang griff Frau Dinstühler die aktuelle Flüchtlingssituation der Ukrainer auf, die bei der nächsten Kreisausschusssitzung behandelt werde. KIM spiele hierbei insofern eine wichtige Rolle, da das Casemanagement speziell diese Zielgruppe unterstütze und vor Ort berate.

Im Anschluss hieran sprach KTM Schmitz ihr, stellvertretend für das gesamte Team, seinen Dank für das Engagement und die bisher hervorragend geleistete Arbeit aus. Hinsichtlich seiner Nachfrage, ob sich die noch nicht aufgeführten Kommunen KIM zwischenzeitlich angeschlossen hätten, schilderte Frau Dinstühler zunächst zum Hintergrund, dass sich anlässlich einer im Januar 2021 erfolgten Bedarfsabfrage, drei Kommunen gegen den Einsatz von Casemanagerinnen und Casemanagern in ihrer Verwaltung ausgesprochen, der Teilnahme am KIM-Prozess hingegen zugestimmt hatten. Zwar hätten mittlerweile zwei dieser Kommunen ihr Interesse bekundet, da dies jedoch erst nach der Verteilung des Stellenkontingents geschehen sei, waren die personellen Ressourcen bereits ausgeschöpft. Unbeschadet dessen werde die Beteiligung am KIM-Prozess weiterhin sichergestellt.

KTM Haacke schloss sich dem Dank an Frau Dinstühler an. In diesen Zeiten sei es äußerst schwierig, qualifiziertes Personal zu finden, sodass ihn umso mehr erfreue, dass das Team des Casemanagements vervollständigt werden konnte.

Dem Dank schloss sich auch die Vorsitzende an. Die bisherigen Entwicklungen stimmen sie zuversichtlich, dass auch künftig mit qualitativen, erfolgreichen Ergebnissen zu rechnen sei.

5. Sitzung des Ausschusses für Soziales und Integration am 16.03.2022		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

5	Anträge des Vereins Frauen helfen Frauen Troisdorf e.V. auf freiwillige Förderung der ambulanten Begleitung nach Frauenhausaufenthalt	
---	---	--

Ergänzend zur Verwaltungsvorlage führte Herr Liermann aus, bei den vorliegenden Anträgen des Vereins Frauen helfen Frauen Troisdorf e.V. ergäben sich Fragen, die die Verwaltung gemeinsam mit dem Verein klären wolle. Eine Berücksichtigung im Nachtragshaushalt 2022 sei nicht mehr möglich gewesen. Die Angelegenheit werde nun gründlich geprüft und in Relation zum kreiseigenen Frauenhaus betrachtet, sodass die daraus resultierenden Ergebnisse in einen erweiterten Antrag einfließen, der dann im Rahmen der Haushaltsberatungen 2023/2024 behandelt werden könne. Auf die Bitte des KTM Peters hin, die klärungsbedürftigen Punkte zu konkretisieren und zu erklären, warum eine Klärung der offenen Fragen bis zur hiesigen Sitzung nicht möglich gewesen sei, entgegnete Herr Liermann, dass der Großteil der Fragen konzeptioneller Art sei und damit grundlegend. Darüber hinaus würden keinerlei zeitliche Aspekte erkennbar sein, die die Dringlichkeit der Stelle hervorheben. Auf den Einwand der SkB Stein hin, sie könne dem Antrag eine Konzeption entnehmen, entgegnete er, das beschriebene Ziel sei nicht mit einer Konzeption gleichzusetzen, noch gehe aus dem aktuellen Antrag hervor, wie die ambulante Begleitung nach Frauenhausaufenthalt konkret umgesetzt werden solle.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, schloss die Vorsitzende den Tagesordnungspunkt damit ab, dass die Ausführungen in der Sache zur Kenntnis genommen wurden und davon ausgegangen werden könne, dass sich die Verwaltung mit dem Verein in Verbindung setzen werde. Die Absicht, einen qualitativen Gleichklang zwischen dem kreiseigenen und dem Frauenhaus Troisdorf zu erreichen, unterstütze sie.

6	Vorstellung des jährlichen Tätigkeitsberichts zur Arbeit des Runden Tisches 2021 sowie Ausblick auf die diesjährigen Planungen	
---	--	--

Eingangs begrüßte die Vorsitzende Frau Milde, die nachfolgend den Tätigkeitsbericht zur Arbeit des Runden Tisches gegen häusliche Gewalt 2021 (nachfolgend: Runder Tisch) vorstellen und im weiteren Verlauf einen Ausblick auf die diesjährigen Planungen geben werde.

Frau Milde berichtete, dass die für das Jahr 2021 vom Ministerium für Hei-

mat, Kommunales, Bau und Gleichstellung (MHKBG) bereitgestellten Fördermittel in Höhe von 17.500 € sinnvoll eingesetzt worden seien, auch wenn sie nicht vollständig ausgeschöpft werden konnten.

So seien bspw. zahlreiche Workshops rund um das Thema „häusliche Gewalt“ für Fachkräfte der „frühen Hilfen“, der Polizei sowie Justiz angeboten worden. Zwar bedaure sie den Ausfall der Veranstaltungen für den Bereich der Justiz wegen fehlender Anmeldungen, umso mehr erfreue sie hingegen das erhöhte Interesse bei der Polizei, insbesondere bei der jüngeren Belegschaft. Darum sei für dieses Jahr eine thematische Vertiefung der „akuten Gesprächsführung“ mit der Polizei geplant. Ebenfalls erfreulich sei die Teilnahmequote zum Vortrag „Warnsignale häuslicher Gewalt“ gewesen. Der Großteil der Fördermittel sei hingegen, so Frau Milde weiter, für die Aktion „Orange Bank gegen Gewalt“ verausgabt worden, über die in der Ausschusssitzung am 16.11.2021 bereits ausführlich berichtet worden sei. Zu den einzelnen Angeboten verwies sie auf Seite 44 der ausgelegten Broschüre, die den am Projekt Beteiligten (Schulen, Jugendzentren etc.) als Zeichen der Wertschätzung ebenfalls ausgehändigt werde. Das Angebot richtete sich dabei hauptsächlich an pädagogische Fachkräfte, da diese darin geschult werden sollten, Warnsignale häuslicher Gewalt frühzeitig zu erkennen und entsprechend agieren zu können. Ebenso seien Eltern sowie Schulklassen über die Rollenstereotype und Ähnliches aufgeklärt worden. Frau Milde gab ihrer Freude darüber Ausdruck, die Aktion „Orange Bank gegen Gewalt“ sei - trotz der pandemiebedingten, erschwerten Umstände - äußerst erfolgreich gewesen und bei allen Beteiligten auf positive Resonanz gestoßen. Daher werde die Arbeit dieses Jahr fortgesetzt, es wird weitere Standorte geben.

Hieran anschließend gab Frau Milde einen Ausblick auf die diesjährigen Planungen.

Im Folgenden berichtete sie davon, dass anlässlich des 20-jährigen Bestehens des Runden Tisches am 24.11.2022 eine Fachveranstaltung im Servatiushaus in Siegburg geplant sei, für die drei Fachgrößen mit deutschlandweiter Expertise aus dem Bereich „Häusliche Gewalt“ gewonnen werden konnten:

- Frau Prof. Dr. Kavemann (*Themenschwerpunkt: von häuslicher Gewalt betroffene Kinder*)
- Herr Korittko (*Themenschwerpunkt: Trauma und Umgang*)
- Herr Hertel (*Geschäftsführer BAG Täterarbeit Häusl. Gewalt e.V.*)

Vor dem Hintergrund, dass das Land NRW die „Täterberatung“ in jedem Landgerichtsbezirk etablieren möchte, sei Frau Milde insbesondere auf den Vortrag der BAG Täterarbeit Häusliche Gewalt e.V. gespannt, die sich für bundesweite Standards rund um die „Täterarbeit“ einsetze. In diesem Zusammenhang gab sie bekannt, dass der Sozialdienst kath. Männer, neuerdings gewaltbereiten und gewalttätigen erwachsenen Männern ein „Training zur Vermeidung häuslicher Gewalt“ nach bundesweiten Standards anbieten werde.

Als Nächstes fuhr sie damit fort, dass sich in einer weiteren geplanten Veranstaltung der Fokus auf die „Jugendlichen“ konzentrieren werde. Dies einerseits vor dem Hintergrund, dass diese in Fällen familiärer Gewalt häufig aus dem Fokus geraten, und andererseits deshalb, weil zwischen der Gewalt in jugendlichen Paarbeziehungen und der im Elternhaus erlebten Gewalt ein wesentlicher Zusammenhang gesehen werde. Insofern sei es wichtig, diese Schleife durch Präventionsarbeit zu unterbrechen und nicht nur Jugendliche frühzeitig über das Thema „häusliche Gewalt“ aufzuklären, sondern auch pädagogische Fachkräfte hinreichend zu schulen, um Schlimmeres zu verhindern.

Im Anschluss an den Vortrag dankte die Vorsitzende Frau Milde für die bisher hervorragend geleistete und wertvolle Arbeit des Runden Tisches. Auffällige Aktionen wie die „Orange Bank“ blieben in Erinnerung und seien wirkungsvoll. Für die weitere Arbeit wünschte sie ihr, im Namen aller Anwesenden, viel Erfolg.

Herr Liermann informierte darüber, dass die Anfrage der Kreistagsfraktionen CDU und GRÜNE vom 08.02.2022 zum „Aktuellen Stand Kreisfrauenhaus“ beantwortet worden sei und der Niederschrift beigefügt werde (Anlage 2). Darüber hinaus lägen am Eingang die neuen Flyer des kreiseigenen Frauenhauses aus; Interessierte könnten sich gerne bedienen.

Als Nächstes nahm KTM Peters Bezug auf die aktuelle Flüchtlingssituation im Rhein-Sieg-Kreis und erkundigte sich danach, ob hinsichtlich der fehlenden PIK-Geräte, die zur Registrierung der Flüchtlinge verwendet werden, eine Unterstützung vom Land in Sicht sei. Die Abkürzung „PIK“ stehe für „Personalisierungsinfrastrukturkomponente“.

Herr Liermann erklärte zunächst, die Registrierung der Flüchtlinge erfolge zwar in einem sog. vereinfachten Verfahren über die Ausländerbehörden, jedoch seien die Registrierungen mit einem erheblichen Aufwand verbunden. So nehme die Erfassung einer einzelnen Person aktuell rund 30 Minuten in Anspruch. Problematisch sei, dass dem Rhein-Sieg-Kreis, genauso wie beispielsweise der Stadt Köln, hierfür lediglich ein einziges PIK-Gerät zur Verfügung stehe. Eine Nutzung des Geräts der Kreispolizeibehörde sei dadurch ausgeschlossen, dass die eingelesenen Daten auf unterschiedlichen Servern gespeichert werden. Frau Dr. Neugebauer werde sich als zuständige Amtsleiterin der Ausländerbehörde wegen eines zusätzlichen PIK-Geräts für den Rhein-Sieg-Kreis mit der Bundespolizei in Verbindung setzen; eine andere kurzfristige Lösung gebe es derzeit nicht. Herr Liermann merkte in diesem Zusammenhang jedoch an, dass sich die Informationslage ständig ändere.

Hieran knüpfte KTM Haacke an und äußerte die Bitte, im hiesigen Ausschuss regelmäßig über den aktuellen Sachstand informiert zu werden. Allerdings erinnere er an die Anfangszeit der Pandemie. Seinerzeit seien mit viel Sachverstand und einem erheblichen zeitlichen wie auch personellem Aufwand Verwaltungsvorlagen erstellt worden, die bis zur nächsten Sitzung längst überholt gewesen seien. Daher schlug er vor, dass die Verwaltung in den jeweiligen Sitzungen tagesaktuell und ohne schriftliche Vorlage über die neusten Entwicklungen berichten solle und dies dann im Protokoll festgehalten werde.

Hierüber bestand auf Nachfrage der Vorsitzenden Einigkeit.

Ende des öffentlichen Teils

5. Sitzung des Ausschusses für Soziales und Integration am 16.03.2022		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Nichtöffentlicher Teil

8	Mitteilungen und Anfragen	
---	---------------------------	--

Es wurden keine Mitteilungen oder Anfragen vorgetragen.

Katja Ruiters
Vorsitzende

Nadine Klein
Schriftführerin